

## Bündnispolitik für die Transformation

Michael Kellner

**H**euschreckenschwärme so groß wie das Saarland, Menschen, die Tücher durch die Luft wedelnd ihre Ernte zu retten versuchen, Millionen, die von Hunger bedroht sind. Das ist keine düstere Dystopie, sondern eine reale Vorboten der Klimakrise. Im Herbst 2019 lasen wir die ersten Berichte über die klimabedingte Heuschreckenplage in Ostafrika und Teilen der arabischen Halbinsel. Im Schatten von Corona tobte sie in mehreren Wellen bis in dieses Jahr weiter.

So wie Corona die globalen Ungerechtigkeiten unter einem Brennglas zeigt, so steht die Heuschreckenplage sinnbildlich für vieles, das in der internationalen Zusammenarbeit im Argen liegt: Die begrenzte Aufmerksamkeit huscht mit besorgten Spendenaufrufen von angekündigter Krise zu Krise, die Herausforderungen sind regional bis global und die Ursachen sind strukturell. Darin liegt aber auch eine gute Nachricht: Der Wille, etwas an den Missständen zu ändern, ist da und wir können vor die Lage kommen, wenn wir vorausschauend, regional und in Bündnissen handeln. Die internationale Zusammenarbeit muss dafür die notwendigen Fähigkeiten aufbauen.

Wir brauchen eine sozial-ökologische Transformation nach innen und außen, die den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen in den Mittelpunkt stellt. Konkret bedeutet dies, unsere globalen und regionalen öffentlichen Güter wie das Klima, die Artenvielfalt, aber auch Gesundheit oder Ernährungssicherheit zu schützen. Oft verweisen Politikerinnen und Politiker auf die strukturellen Ursachen bei uns, die sich langfristig ändern müssen, wie zum Beispiel unfairer Handel, der Entwicklung behindert, oder unser CO<sub>2</sub>-Ausstoß. Andere bemühen das Bild korrupter Eliten in armen Ländern, die seit Jahrzehnten in die eigene Tasche wirtschaften. Beides ist richtig, doch es ist auch ganz gemütlich, vom BMZ-finanzierten Bürostuhl aus auf andere Länder oder Politikfelder zu zeigen. In der heutigen Zeit reicht das nicht.

Die internationale Zusammenarbeit muss so groß werden, wie die Herausforderungen es sind und aus der selbstgewählten Rolle der Anklägerin und Mahnerin herauswachsen. Deutschland alleine kann diesen Herausforderungen nicht gerecht werden. Wenn wir uns jedoch in Bündnissen organisieren, unsere Expertise und unsere Ressourcen kombinieren, werden wir ein ganzes Stück weiter kommen. Wenn wir uns trauen, gemeinsam ein paar Dinge neu zu denken, werden wir neue Möglichkeiten schaffen.

Die Chancen dafür stehen nicht so schlecht, wie es manchmal scheint. Viele Länder des Globalen Südens haben in den Jahrzehnten vor Corona Beeindruckendes geleistet. Die Lebensumstände wurden tatsächlich für viele Menschen besser: Der Anteil der Menschen in extremer Armut hat sich seit 1990 mehr als halbiert, die Mehrheit der Mädchen geht heute zur Schule, weltweit sind fast alle Kinder (wenn auch noch nicht gegen Corona) geimpft, und die meisten Menschen haben Zugang zu Elektrizität. Die Welt ist viel besser als ihr Ruf.

Auf der anderen Seite stehen alarmierende Verschlechterungen im Bereich der planetaren Grenzen. 31.000 Arten sind vom Aussterben bedroht; 10 Millionen Hektar Wald werden jährlich zerstört, vor allem für landwirtschaftliche Nutzung; 2 Milliarden Hektar Land sind geschädigt, wovon 3,2 Milliarden Menschen betroffen sind. Beim Klimaschutz müssen wir bis 2030 die Wende einleiten, um auf den 1,5-Grad-Pfad einzuschwenken. Sonst werden die Auswirkungen vor allem auf die sogenannten Entwicklungsländer fatal und unumkehrbar sein. Die Heuschreckenplage, begünstigt und verstärkt durch Wetterphänomene im Indischen Ozean, ist dafür eines von vielen Symptomen.

Wer anerkennt, dass der Schutz vor Armut und Hunger mit dem Arten- und Klimaschutz zusammenhängt, der muss auch anerkennen, dass wir keine weiteren Jahrzehnte haben. Das bedeutet: Jedes Politikfeld ist in der Pflicht und muss jetzt seinen Beitrag leisten.

Die internationale Zusammenarbeit mit ihrem Know-how für lokale, regionale und globale Entwicklungslösungen, ihrer Infrastruktur und ihren Netzwerken ist bestens dafür geeignet, neue Bündnisse zum Schutz öffentlicher Güter zu gestalten. Doch sie wird immer noch viel zu stark in der Logik einzelner Projekte gedacht und in bilateralen Suppen gekocht. Es geht dabei nicht so sehr um den Streit, ob jetzt bilaterale oder multilaterale Zusammenarbeit wirksamer ist, sondern darum, zielorientiert den passenden Ansatz zu wählen. Es geht darum, die zahlreichen Ansätze für mehr Wirksamkeit, von der EU-Verpflichtung zur Entwicklungskohärenz über die Vereinbarungen von Busan zur Entwicklungspartnerschaft bis hin zu den Nachhaltigen Entwicklungszielen, weiterzuentwickeln.

Die internationale Zusammenarbeit der Zukunft braucht gemeinsame Anstrengungen, statt strenger Aufteilung von Empfängerländern unter den Geberländern. Das bedeutet auch: Weg von der künstlichen Trennung durch Länderkategorien. Wir müssen viel mehr Länder als globale Partner verstehen und in regionale Koalitionen einbinden, etwa für die

Ernährungssicherheit in Ostafrika, für die Wälder Lateinamerikas oder die Küsten des Pazifischen Ozeans.

Im BMZ geschieht unterdessen das Gegenteil: Ohne Abstimmung mit den EU-Mitgliedstaaten und anderen wichtigen Partnern hat Deutschland im letzten Jahr die Liste der Partnerländer reduziert. Das widerspricht nicht nur dem Grundsatz der internationalen Arbeitsteilung, sondern ist schlicht unpolitisch. Mit jetzt 52 Partnerländern will das BMZ im Großen und Ganzen weitermachen wie gehabt. Das wird der Aufgabe nicht gerecht. Gleichzeitig ist es ein fatales Signal, wenn Minister Müller ausgerechnet im Corona-Jahr die Mittel für multilaterale Zusammenarbeit massiv kürzt.

Es braucht einen Big Push in der internationalen Kooperation, auf globaler Ebene und – vielleicht noch wichtiger – innerhalb von Klein- und Großregionen. Als weltweit zweitgrößter entwicklungspolitischer Akteur sollten wir vorgehen. Dieses Gewicht sollten wir selbstbewusst etwa im Rahmen der UN, der multilateralen Entwicklungsbanken oder der EU für regionale Ansätze einsetzen. Wenn wir die Vereinten Nationen finanziell und institutionell stärken, dann können wir auch multilateral einen Unterschied machen. Etwa auf internationalen Konferenzen, wo eine Ministerin oder ein Minister sich nicht nur ab und zu für eine kurze Rede blicken lassen sollte, sondern im Konzert mit Gleichgesinnten Vertrauen aufbauen muss, um Wirkung zu erzielen. So könnten wir auch international Schwung in die sozial-ökologische Transformation bringen, indem wir etwa auf eine verbindliche Transformationsquote hinwirken, die verschiedene öffentliche Ausgaben für eine globale Transformation bündelt und erhöht.

Entwicklungspolitiker\*innen sagen gerne, ihr Job sei es, sich selbst überflüssig zu machen. Aktuell gilt jedoch eher: Entweder die internationale Zusammenarbeit erfindet sich neu oder die Klimakrise und das Artensterben machen sie überflüssig. Es geht darum, den Schutz der Artenvielfalt und des Klimas mit dem Schutz vor Armut und Hunger zu verbinden. Die internationale Zusammenarbeit kann eine langfristige Bündnispolitik auf vielen Ebenen beisteuern. 🌐

**Michael Kellner**

geb. 1977, Politikwissenschaftler, seit 2013 Politischer Bundesgeschäftsführer von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit besonderem Interesse für Außen- und Europapolitik

[buero.kellner@gruene.de](mailto:buero.kellner@gruene.de)

